

# Krakauer Zeitung.

Nr. 68.

Donnerstag den 23. März

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für Krakau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Nedaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigblatt für die vierseitige Petitzelle 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Inferat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Auslandungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement  
auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue  
Quartal der

„Krakauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl. für auswärts mit 1 fl. 35 Mrt. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Geheimeschreiben vom 16. März d. J. dem Oberlandesgerichtspräsidenten Janusz Freiherrn von Sireit die Würde eines geheimen Raths mit Nachsicht der Lizenzen allgemein zu verleihen gehabt.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. März d. J. dem Finanzminister der Preußischen Finanzlandesdirektion abholzung Anton Tyrolt farzefi den Titel und Charakter eines Finanzrathes allgemein zu verleihen gehabt.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Centralstellen die Gründung des „ersten allgemeinen Beamtenvereines der österreichischen Monarchie für gesetzliche Krankengeld- und Lebensversicherungen“ bewilligt und dessen Statuten genehmigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 23. März.

In den allerleisten Tagen, schreibt man der „Bohemie“, scheinen Pourparlers zwischen Wien und Berlin stattgefunden zu haben, in welchen die Denkmale der preußischen Politik in einer Weise zu Lage getreten sind, daß das Wiener Cabinet sich ohne Zweifel fortan der einen oder der andern Rückstift entbunden glauben wird, die es Angefangt der bevorstehenden Action des Bundes Preußen gegenüber bisher noch zu beobachten sich verpflichtet fühlte. Die Situation beginnt vielleicht erster zu werden, aber sie wird in demselben Maße auch klarer sein.

Wie wenig die von Preußen in Wien gestellten Forderungen aufgegeben sind, schreibt ein Berliner Corr. der „Schl. Btg.“, ist auch aus der Antwort ersichtlich, die Herr v. Zeditz der Deputation ertheilt hat, die den Civilcommissarien am 16. eine auf möglichst baldige Beendigung des Provisoriums gerichtete Petition überreichte. Herr v. Zeditz sagte, man möge für Annahme der von Preußen gestellten Forderungen seitens des Landes, nämlich der Herzogthümer, wirken. Diese Forderungen entsprachen den Interessen Preußen, Schleswig-Holsteins und ganz Norddeutschlands. Nur durch die Annahme der selben seitens des Landes werde das Provisorium verkürzt werden können. Diese vor einigen Tagen gegebene Erklärung ist gewiß nicht erfolgt, ohne daß der preußische Commissar über die Absichten seiner Regierung unterrichtet war. Es ist denn auch kein Zweifel, daß jene Forderungen, die in Folge des Gutachtens der Kronprudici erweitert werden könnten, nicht weniger als aufgegeben sind.

Die „Köln. Btg.“ bringt abermals einen großen Artikel, „Entschädigungen für Österreich“ besprechend, worin unter Hinweis auf die Gefahr der österreichisch-deutschen Opposition gegen Preußen, dieses verpflichtet wird, Österreich für das Mütbesitzrecht auf die Herzogthümer zu entschädigen, aber nicht durch Gebietsgarantirung, sondern durch Abtretung eines ober-schlesischen Grenzstreifens und durch ein Geldäquivalent, was der Ehre nicht widerstrebe. Der Augustenburger sei gleichfalls mit Geld zu entschädigen, dann wäre allen Theilen geholfen. Auch in Berliner und Wiener Correspondenzen des körnischen Blattes wird dieses Thema geritten.

Der von Bayern am Bunde zu stellende Antrag liegt, wie die „Presse“ vernimmt, im Einvernehmen mit Österreich formulirt, bereit, und man wartet nur noch die Aeußerung einzelner Bundesregierungen auf, die ihnen desfalls gewordene Mittheilung ab, um in Frankfurt mit der betreffenden Kundgebung vorzugehen. Aus dieser Sachlage ergibt sich zur Genüge, daß das „Berliner Privat-Telegramm“ im „Baterl.“, daß das nach welchem Bayern sich im Wesentlichen mit den preußischen Forderungen einverstanden erklärte lediglich einen frommen Wunsch Preußen und des „Baterl.“ darstellt; wie es denn auch von vornherein als moralisch unmöglich erscheinen mußte, daß Bayern, von Österreich seit Monaten nur mit Mühe von

einem Antrage zurückgehalten, welcher sicherlich nicht die preußischen Forderungen zu unterstützen bestimmt war, diese Forderungen schließlich und noch dazu in demselben Augenblicke hätte acceptiren sollen, wo es für einen Antrag der Majorität am Bunde sich nahezu versichert halten durfte.

Zur Herzogthümerfrage schreibt die hannoverische officielle Zeitung: In mehreren auswärtigen Blättern ist eine Berliner Correspondenz der „N. Hannov. Btg.“ dazu benutzt, um auf dieselbe die Behauptung zu stützen, daß die königliche Regierung den preußischen Forderungen in der Elberzogthümerfrage zustimme. Abgesehen davon, daß es unstatthaft ist, aus Berliner Correspondenzen unseres Blattes Schlüsse auf die Politik der königlichen Regierung zu machen, steht es unter den gegenwärtig hier vorliegenden Verhältnissen fest, daß keine deutsche Bundes-Regierung Voraussetzung oder Besitznach haben kann, irgend eine Erklärung über die preußischen Forderungen abzugeben, welche einen Theil der zwischen Österreich und Preußen begonnenen Verhandlungen bilden und in offizieller Weise nicht bekannt gegeben worden sind.

Auf Grund von Zeitungsausschreibungen sich in die Verhandlungen dritter Mächte zu mischen, kann aber nicht Sache der königlichen Regierung sein, wobei es mit Würde und Consequenz den einmal nach vollenbegründeter Überzeugung eingenommenen Standpunkt festzuhalten bestrebt war. Die königliche Regierung ist unverändert der Überzeugung, daß die Erb-rechtsfrage nur nach gründlicher, technisch-juristischer Prüfung am Bunde entschieden werden könne, und wird, was die politische Stellung der Herzogthümer betrifft, stets auf dem Boden der Bundeskompetenz dahin zu wirken bemüht sein, daß der neu zu bildende Staat dem nationalen Verbande Deutschlands in einer den Bundesgrundgesetzen entsprechenden Weise ange schlossen werde.

Die französische Zustimmung zur Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge, schreibt der Wiener Brief-Corr. der „Schl. Btg.“ vom 20. d., ist noch immer nicht eingetroffen, und Pariser Berichte berechnen sogar zu zweifeln, ob sie überhaupt eintreffen werde. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so wird die Schulde wohl jenen zuschreiben sein, die sich in der letzten Zeit alle Mühe gaben, zu versichern, daß Preußen die Ablehnung dieses Verlangens willkommen wäre, und woraus man in Paris den Glauben geschöpft haben mag, daß man es in Berlin mit der Stimmung des Landes machen könne, welche ein anderer, nicht einmal Herr Riga, sich kaum erlaubt hätte und deren Kundmachung an den Kaiser denn doch von Wichtigkeit sei. Victor Emanuel soll das eingesehen haben, aber später hat er sich dies in einer Weise geäußert, die annehmen läßt, daß er die Zusammenkunft nicht suchen werde. In Turiner Hofkreisen ist man sogar der Meinung, auch der Kaiser werde den beabsichtigten Ausflug hinausschieben oder ganz aufgeben.

Die „Indep. belge“ enthält ein Protokollschreiben des griechischen Bischofs von Eumes in Gabo gegen die Duldung der „geistigen Viper“ Renan auf griechischem Boden.

Ein in San Francisco ercheinendes Blatt stellt auf die Autorität eines Agenten des Herrn Gwinne gestützt in Abrede, daß der Kaiser Napoleon die früheren Compensationspläne aufgegeben habe. General Bazaine's Armee und mit ihr Herr Gwinne seien auf dem Wege nach Mazatlan. Das von Gwinne werde unter der Oberhoheit des Kaisers Maximilian bleiben, aber zur Bürgschaft für die Auszahlung der französischen Schulden zurückgehalten und von französischen Truppen vertheidigt werden. — Privatbriefe aus Mexico sprechen von der großen Aufmerksamkeit, die der Krieg in den Vereinigten Staaten auf sich lenkt. Die Opposition Seitens der Clericalen verstärkt sich.

Es ist seit einiger Zeit viel davon die Rede, daß Frankreich eine Beteiligung an der internationalen (austro-britischen) Enquête-Commission in Anspruch genommen habe. Cum grano salis verstanden, schreibt man der „Prager Btg.“ aus Wien, ist das richtig. Freilich hat weder eine Depesche, noch gar eine Note ein dahin ziendes Verlangen gestellt, aber der französische Botschafter hat den Gegenstand sofort die Gesammitsumme der Vergünstigungen für die dänische Flage zuzuwenden sei, weiterer Erwägung vorbehalten wissen will. Es erklärt sich das, wie man uns sagt, einfach daraus, daß in Frankreich die dänische Flage — gleich der spanischen — durch ganz besondere Verträge in ganz exceptioneller Weise begünstigt ist.

Von Seiten des französischen Cabinets ist an das Wiener das Ersuchen gestellt worden, den Internati-tius in Konstantinopel anzuweisen, er möge den französischen Gesandten, Marquis de Moustier, in seinen Bemühungen, die ottomanische Regierung von der Demissionssannahme Daud Pascha's abzuhalten, unterstützen. Wir führen dies nur als einen neuerlichen aber beachtenswerthen Beleg für die Bestrebungen Frankreichs an, im Orient in Allem und jedem Hand mit Österreich zu gehen, eine Nebeneinstimmung, die sich auch auf die gemeinschaftliche Haltung dem Fürsten Guja gegenüber erstreckt.

Das „Mem. dipl.“ weiß über die Unterredung, welche der h. Bater am 4. d. mit dem französischen

Botschafter gehabt hat Folgendes zu erzählen: Graf Sartiges hat die Gelegenheit benutzt, dem heiligen Vater eine Aeußerung in Betreff der Dispositionen abzugewinnen, in welchen ihn die bevorstehende Durchführung der französisch-italienischen Convention finden würde. Pius IX. hat zwar dem Botschafter die

Besorgnisse und das Vertrauen nicht verhehlt, von welchem er in Bezug auf die italienische Regierung erfüllt ist; dochthat er dies nicht in einer Weise, welche einem „non possumus“ gleichkommen würde, besonders was die Übertragung eines kleinen Theiles der Schulde des Kirchenstaates betrifft. Überhaupt soll der heilige Vater nicht so wenig gemäßigt gestimmt sein als gewisse Journale glauben machen wollen. Die Curie betrachte keineswegs den Septembervertrag als null und nicht geschehen, sondern suche vielmehr ernstlich die Situation, welche er ihr schafft, mit früheren Vorbehalten, deren Princip von der französischen Regierung selbst grächstet worden ist und deren Aufgaben sie gar nicht verlange, zu versöhnen.

Die „Unita Italiana“ behauptet immer noch fest

daß Vorhandensein der geheimen Zusatzartikel zur Convention und will, um alle ferneren Dementis abzuschneiden, das Document selber veröffentlichen.

In jüngster Zeit ist viel von einer Begegnung des Königs Victor Emanuel mit dem Kaiser Napoleon in Lyon die Rede gewesen. Diese Zusammenkunft ist, wie man der „R. B.“ berichtet, nichts weniger als ausgemacht, ja, der König hat bisher noch nicht ernstlich an die Reise gedacht. Einige Minister (nicht Lamarmora) haben Victor Emanuel dazu gerathen, die Gelegenheit einer Besprechung mit dem Kaiser zu suchen, da er ihm Mitteilungen über die Stimmung des Landes machen könne, welche ein anderer, nicht einmal Herr Riga, sich kaum erlaubt hätte und deren Kundmachung an den Kaiser denn doch von Wichtigkeit sei. Victor Emanuel soll das eingesehen haben, aber später hat er sich dies in einer Weise geäußert, die annehmen läßt, daß er die Zusammenkunft nicht suchen werde. In Turiner Hofkreisen ist man sogar der Meinung, auch der Kaiser werde den beabsichtigten Ausflug hinausschieben oder ganz aufgeben.

Die „Indep. belge“ enthält ein Protokollschreiben des griechischen Bischofs von Eumes in Gabo gegen die Duldung der „geistigen Viper“ Renan auf griechischem Boden.

Ein in San Francisco ercheinendes Blatt stellt auf die Autorität eines Agenten des Herrn Gwinne gestützt in Abrede, daß der Kaiser Napoleon die früheren Compensationspläne aufgegeben habe. General Bazaine's Armee und mit ihr Herr Gwinne seien auf dem Wege nach Mazatlan. Das von Gwinne werde unter der Oberhoheit des Kaisers Maximilian bleiben, aber zur Bürgschaft für die Auszahlung der französischen Schulden zurückgehalten und von französischen Truppen vertheidigt werden. — Privatbriefe aus Mexico sprechen von der großen Aufmerksamkeit, die der Krieg in den Vereinigten Staaten auf sich lenkt. Die Opposition Seitens der Clericalen verstärkt sich.

Die „Mil. Btg.“ geht nun zur Festungs-Artillerie über. Sie schreibt:

Zu diesem Dienste sind nun bei jedem Regiment im Frieden 4 Compagnien, denen im Kriege eine 5. und eine Depot-Compagnie hinzugesetzt werden können, designiert, und haben, ihrer exklusiven Bestimmung halber, den Titel: „Festungs-Compagnien.“

Der Stand der Festungs-Compagnien beträgt im Kriege etwa 13,560 Mann. Ehe wir uns ein Urtheil über die Größe dieser Ziffer erlauben, wollen wir die Erforderniss untersuchen. Denken wir uns die Monarchie in irgend einen bedeutenden Kriegsfall verwickelt, beispielsweise, sie sei gegen West und Süd engagirt, also die Nothwendigkeit vorhanden, die Plätze der strategischen Westfronte (Böhmen, Österreich, Tirol, Venetiens, Istriens) zu armieren, so werden in den Binnenplätzen allein circa 3000 Geschütze zu bedienen sein; stellen wir die weitere befehlende Forderung, nur 3 Artilleristen jedem Geschütze zu widmen und die Nebenverrichtungen durch Handlanger besorgen zu lassen; bringen wir dann die Erforderniss an Festungs-Artillerie für den deutschen Bund in Anschlag, endlich den Umstand, daß die rückwärtigen Plätze denn doch nicht bis zum letzten Mann entblößt werden können, sondern wenn auch nur mit den größtentheils aus Recruten bestehenden Depot-Compagnien zu betheilen kämen, so gerathen wir in ein bedenkliches Deficit (5875 Mann) und sehen, daß auch die Festungs-Artillerie in Österreich, was die Zahl betrifft, das größte Maß von Bescheidenheit erreicht hat.

Wenn man die Höhe des nöthigen Standes der Küsten-Artillerie ermessen will, so muß man unter Pitorale und die dasselbe schützenden Plätze in Anschlag bringen.

Die venetianische, istriane, croatische und dalmatinische Küste wird durch circa 2000 Geschütze gesichert.

Wenn wir nun denselben Modus in Anwendung bringen, wie bei der Vertheilung der Festungs-Artillerie, weiters auf die Plätze am Gardasee und Mantua (braucht theilweise Küsten-Artillerie) nicht verzögert, so werden wir sehen, daß der Stand unter Küsten-Artillerie (5748) auch nicht ausreicht. Wir haben bei der Festungs- und Küsten-Artillerie von einer Reserve für Audienstbare ganz abgesehen und gefagt, daß wir zu den minder wichtigen Diensten beim Geschütze Handlanger verwenden wollen. Wir werden 46.000 solcher Handlanger brauchen. Aber woher werden wir sie nehmen?

Aus der Infanterie geht es nicht, da selbe selbst auf das Minimum reducirt ist; von den technischen Truppen geht es noch weniger; vom Civile? da ginge es, allein in den Batterien nur so lange, als diese nicht in Action sind, also bei den Vorbereitungskräften hat und lediglich zu unteruchen berufen wird, inwiefern etwa ein Handelsvertrag zwischen Österreich und England den beiden Staaten entsprechen den Vortheile zu bieten vermöge, so hat es nur der Hinweis auf dieses Sachverhältnis bedürft, um das französische Cabinet zu bestimmen, den Gegenstand fallen zu lassen. Damit ist indeß um so weniger gesagt, daß man hier nicht geneigt sein sollte, gelegentlich in ähnlicher Weise auch die österreichisch-französischen Verkehrsbeziehungen eingehend zu prüfen, als man sich schwerlich verhehlt, daß England, nachdem es mit dem Differenzialzollsystem vollständig gebrochen, dem österreichischen Verkehr kaum so viel als eventuell Frankreich zu bieten im Stande sein wird.

Aus Berlin, 20. d., wird gemeldet: Die Conferenz mit Herrn v. Hock soll gestern zu einer Aus-

gesandt, wohl aber einer an sein Weib und ein Vaterherz an seine unmündigen Kinder!

Es wird sich da wirklich jeder Commandant zu

behelfen trachten müssen; das Wie? wird seiner Finglichkeit und Umsicht überlassen bleiben. Leider ist es unserem Herrn Berichterstatter auch bei der Artillerie nicht gelungen, den Kern der Reorganisationsfrage zu erfassen; kein Wunder, wenn er deren Vortheile nicht sieht.

Die 12 Park-Compagnien sind ihm ein Dorn im Auge. Ihre Bestimmung ist ihm völlig unklar, da er ihre Überflüchtigkeit damit motiviert (Pag. 38), daß ein Bedarf zum wirklichen Manipulations-Parkdienste nicht vorhanden sei, und eine ernste Bedienung der Festungs geschüsse nicht in Aussicht stehe. Dieser auf einer falschen Auffassung basirenden Motivierung läßt er den Anfang folgen: "Bewaffnung und Mannschaft können und sollen hiemit reducirt werden."

Betreffs des Fuhrwesens-Pferdeetats, welchen der Herr Verfasser als für die Artillerie dispensabel bezeichnet und mit 6594 Pferden im Ordinariu bezeichnet, hat er sich behufs effectvoller Darstellung wieder eine kleine Changirkunst erlaubt und sich 4484 Fuhrwesen-Pferde, die dem Extra-Ordinariu angehören, auch für das Ordinariu ausgeliehen. Helfe, was helfen kann, warum soll eine Ziffer nicht in zwei Kostümen figuriren? Leider gibt er sich schon auf der nächsten Seite des Berichtes (Pag. 39), wo er des richtigen Friedensstandes des Fuhrwesens mit 2106 Pferden erwähnt, ein Dementi.

Was den extraordinären Fuhrwesens-Pferdestand betrifft, so kann dieser für die Artillerie eventuell keine Reserve bilden, denn er muß und wird aufgelöst werden, wenn es die politischen Verhältnisse erlauben.

Zu den Anträgen des Herrn Berichterstatters übergehend, sehen wir, daß dieselben bestehen:

1. In der Herabsetzung aller Batterien auf den halbgespannten Stand;

2. in der Herabsetzung der Unterofficers-Pferde von 12 auf 6 der Batterie;

3. in der Herabsetzung der Festungs- und der Park-Compagnien um je 20 Mann;

4. in der Streichung einer unbedeutenden Standsaugmentation beim Küstenregimente.

Wir haben uns früher mit Absicht des Breiteren über die Unentbehrlichkeit der completen Bewaffnung der ersten Linie und des Vorhandenseins aller Reitpferde bei den Batterien ergangen; wir haben gezeigt, wie unzulänglich der Stand der Festungs- und Küstenartillerie ist; wir können daher jetzt nur noch anfügen, daß Abminderungen, wie die beantragten, unsere schone Artillerie, den Stolz der Armee, in ihrem Lebendnerve verleihen und einem unheilbaren Siechthume hingeben müßten.

Aus diesem Grunde können wir nicht glauben, daß die Regierung auf solche Zumuthungen eingehen werde; sie hat leider schon genug gethan, indem sie 24 Batterien halbgespannt ließ, die für die erste Periode des nächsten Krieges ja gut wie gar nicht vorhanden sein werden.

Bei den technischen Truppen verlangt der Herr Berichterstatter ebenfalls eine Herabsetzung des Friedensstandes, und zwar von 110 Mann bei den Genietruppen und 115 Mann bei den Pionieren auf je 100 Gemeine bei per Compagnie. Hierdurch würde die ohnehin nur 4 Jahre betragende Präsenzzeit noch weiter herabgedrückt, und die Ausbildung dieser Truppen vollkommen in Frage gestellt. Die gründliche Ausbildung einer technischen Truppe erfordert die zweifache Zeit von jener der Infanterie, und es bringt eine Beeinträchtigung derselben der Armee eventuell so wesentlichen Schaden, daß sie um jeden Preis vermieden werden muß.

Bei der Sanitätsstruppe will der Herr Berichterstatter die jüngst vorgenommene Standeserhöhung (10 Gemeine per Compagnie) streichen.

Diese Standesargumentation wurde vorgenommen, um eine dreijährige Präsenzzeit zu erzielen, welche wieder unumgänglich nötig ist, um den Sanitätsoldaten für sein Fach auszubilden.

Hätte sich der Herr Berichterstatter die Mühe genommen, das Sanitätsreglement anzusehen, so wäre ihm die Notwendigkeit der dreijährigen Präsenz und der mit selber tunig verbundenen Standeserhöhung klar geworden.

Vom Fuhrwesen-Friedensstande glaubt der Herr Verfasser getrost 8 Escadronen, also circa den sechsten Theil streichen zu dürfen.

Man kann nicht sagen, daß sich dieses Corps je einer besonderen Bevorzugung zu ersfreuen hatte. Sein Stand war immer auf das knappste bemessen, und es mußte mit der Deckung seiner Erfordernisse stets jeder aller anderen Truppengattungen folgen.

Und doch ist dieses Corps so wichtig, dennoch liegt in einer guten Organisirung des Trains gar oft das Wohl der Armee! Ohne gutes Fuhrwesen tritt Munitionsmangel ein, ohne gutes Fuhrwesen lebt die Armee schlecht, ohne gutes Fuhrwesen kann sie ihre schabhaften Monturen, das Schuhwerk u. c. nicht ersiezen, — kurz, ein gutes Fuhrwesen ist der Vermittler, durch welchen die Armee mit ihren Ressourcen in Verbindung steht. Was nützen ihr leßtere und wären sie noch so reichlich, wenn die Vermittelung nur eine mangelhafte ist?

Könnten wir Ihnen, die so oberflächlich Stände hinwegdecrettieren, nur einen Einblick gewähren in das lockere, aus den heterogenen Elementen zusammen gewürfelte Gebilde, welches der Armee bald knäularig, bald in meilen-, ja märchelangen Bügen bald in Fieberhaft, bald träge sich wälzend folgt, ihr immer eine Last bleibt und doch nie entbehrlich wird, und das man gemeinhin Armeetrain nennt; könnten wir Ihnen dieses Bild vor Augen führen, wir würden es gerne thun! Wir wollen hier nur die Aufmerksamkeit auf ein Individuum des Trains, auf unseren armen Fuhrwesen-Soldaten lenken.

Dieser nach längerem Urlaube und mit seinem Berufe kaum bekannt, plötzlich einberufen, muß sofort zwei kaum assentire, störrige Pferde dirigiren. Sich selbst in seiner neuen Montur noch unheimlich fühlend und als Reiter ohne Vertrauen, wird er sich im Laufe weniger Tage abnuhen, marode werden und den großen Ballast der Dienstfahrt vermehren. Um nun die hier gegebenen Nebenstände nicht gar zu sehr überhand nehmen zu lassen, ist es zu allen Zeiten als zweckmäßig eracht worden, auch im Frieden einen kleinen Cadre an Fuhrwesen-Mannschaften und Pferden präsent zu halten. Die Leute gewinnen durch wenigstens einigermaßen militärische Handlung, lernen die Pferdewartung und gewöhnen sich an militärische Zucht, sowie an dauernde Fatiguen.

Der Fuhrwesen-Cadre ist in Österreich obnehin mit kaum 1/5 des Kriegsstandes bemessen, was im Hinblick auf die nötige Heranbildung der Chargenhüter und der Professionisten eine Präsenz von höchstens 8 Monaten gibt.

Kann man weniger verlangen?

Daher nun von diesem Stande nicht noch 1/6 wegnehmen darf, liegt offenkundig für Federmann zu Tage, der ohne Vereingenommenheit in die Würde zweier Kostümen figuriren? Leider gibt er sich schon auf der nächsten Seite des Berichtes (Pag. 39), wo er des richtigen Friedensstandes des Fuhrwesens mit

Ungeachtet dessen, daß man früher Zeit genug hatte, sich zu einem Kriege vorzubereiten, und selbst die langen Märsche nach dem Kriegsschauplatze das Mittel boten, die junge Mannschaft abzurichten und abzuhärten, war die Organisation der k. k. Armee aus ökonomischen Gründen, sagen wir es gerade heraus, eine mangelhafte, und noch immer haben uns die Kriege unvorbereitet gefunden.

Männer wie G. Carl und Radetzky suchten diesen Mangel abzuheben, aber stets fiel die Organisation der Armee von Neuem der Dekommission zum Opfer!

Nunmehr macht man immer Vergleiche mit dem früheren Bestand der Armee, und will nur solche Reformen zugeben, welche Ersparungen in Aussicht stellen. Soll nun die Armee wieder in die alten Männer verfallen, soll sie allein Rückschritte machen?

Durch die neueren Organisirungen und zeitgemäßen Verbesserungen hat sich Österreich in der Lage erhalten, beim Kriegsausbruch eine ganz respectable Macht auf die Beine zu bringen; das können wir die grundsätzlichen Gegner eines kräftigen Heerbandes versichern.

Allein auch die anderen Großmächte bleiben in dieser Beziehung nicht zurück, ja manche überflügeln uns bedeutend, so zwar, daß Österreich immer der Anspruch aller Kräfte bedürfen wird, um sich bei einem europäischen Kampfe ebenbürtig zu zeigen.

Eventuellen Behauptungen, daß derlei Kämpfe nur höchst selten vorkommen, oder die Kriege der Zukunft wohl größtentheils localisiert sein werden, weisen wir im Vorhinein zurück.

Se seltener große Kämpfe vorkommen, desto nachtheiliger sind sie; ihr Ausgang entscheidet über das Schicksal von Staaten! Findet sich bei ihrem Ausbruche ein Staat unvorbereitet, so hat er es sich selbst zu zuschreiben, wenn der Lauf der Ereignisse zermalmend über ihn hinweggeht und ihn von der Karte Europa's verschwinden macht. Eine Localisirung des Krieges jedoch (wie anno 1859) dürfte nicht immer gelingen, übrigens dürfen auch tiefeinschneidende politische Fragen, die selbstverständlich viele Interessen zählen, durch solche localisierte Kriege schwerlich eine radicale Lösung erhalten. Solche Fragen werden aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sein!

Machen wir nun eine Rundschau bei den größeren Mächten des Continents, so sehen wir bei:

Rußland eine Kriegsmacht von 822.600 Mann, die speziell für die europäischen Kriegsschauplätze disponibel ist, bestehend aus: Infanterie 568.000 Mann, Cavallerie 43.000\*, Artillerie 90.000 Mann mit 1106 Feldgeschützen, technische Truppen 15.000 Mann, Sanitäts-Truppen 7600 Mann, Train 57.000, in den Depots 42.000 Mann.

Frankreich ein Heer von 562.000 Mann, dessen Qualität durch das Vorhandensein von mehr als 120.000 Berufssoldaten und durch den diese Nation auszeichnenden kriegerischen Geist besonders gehoben wird, bestehend aus: Infanterie 383.000

Mann, Cavallerie 85.000 Mann, Artillerie 65.000 Mann mit mehr als 900 Feldgeschützen, technische Truppen 12.000 Mann, Administrations-Truppen 17.000 Mann.

Preußen und Italien, beide an Territorium und Einwohnerzahl weit nachstehend, können impulsive Streitkräfte entwickeln, und zwar ersteres 507.000 Mann (abgesehen von der Landwehr ersten Aufgebotes mit 135.000 Mann), bestehend aus: Infanterie 367.000 Mann, Cavallerie 46.000 Mann, Artillerie 61.000 Mann mit nahezu 900 Feldgeschützen, technische Truppen 15.000 Mann, Train 18.000 Mann.

Italien hat 340.000 Mann, bestehend aus: Infanterie 272.000 Mann, Cavallerie 19.000 M., Artillerie 28.600 Mann mit nahezu 500 Feldgeschützen, technische Truppen 6700 Mann, Train- und Verpflegungs-Compagnien 13.700 Mann.

Das hier entrollt liefert erneuert den Beweis, daß Österreich Stand seiner Armee im Verhältnisse zu den freien Armeen auf das Nothwendigste beschränkt hat.

(Fortsetzung folgt.)

\* Hier sind noch 30.000 Kosaken zu zählen, von welchen die Russen bekanntlich im kleinen Kriege einen ausgezeichneten Gebrauch zu machen wissen.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Montags-Sitzung des Ausschusses für die siebenbürgische Eisenbahn vom 21. nahm auch der Abgeordnete Skene das Wort, um auf die Ausführungen des Finanzministers zu erwideren. Hierbei wurde er, wie ein hiesiges Blatt meldet, so heftig, daß Herr v. Plener mit dem Bemerk, seine Nerven seien in Folge der Krankheit, die er eben überstanden, noch zu sehr angegriffen, als daß er die Interventionen des Herrn Skene länger ertragen könne, den Sitzungssaal verließ. Hierzu bemerkte die Wiener Abendpost:

"Zur Richtigstellung des in einem hiesigen Blatte enthaltenen Berichtes über die gestern Abends abgehaltene Sitzung des Ausschusses für die siebenbürgische Eisenbahn haben wir anzuhören, daß der Herr Finanzminister zwar sein verständetes Entschuldigte, daß aber die Bemerkung, mit welcher er die Sitzung verließ, keineswegs von irgend einer Beziehung auf ein Unwohlsein begleitet war. Vielmehr lautete die Erklärung des Herrn Finanzministers entschieden dahin, daß der Herr Abgeordnete Skene, statt bei dem Gegenstande zu bleiben, abermals nach seiner Gewohnheit beginne in beleidigenden Phrasen gegen die Regierung sich zu ergehen, welche der Finanzminister hinzunehmen nicht gewillt sei, daher, falls diesem Benehmen des Herrn Skene nicht endlich Einhalt gethan würde, die Regierung &vertreter nicht mehr in der Lage wären, den Ausschusssitzungen beizuwöhnen, und er ebenfalls die heutige Sitzung sofort verlassen werde, was, als Herr Skene selbst nach einer vom Herrn Obmann gemachten Bemerkung in seiner Redeweise dennoch fortfuhr, auch geschehen ist.

Der Lloyd-Ausschuß hat in Anbetracht dessen, daß die Regierungsvorlage, betreffend die Subventionierung des österreichischen Lloyd und die Rückzahlung des demselben gewährten Vorschusses, im Laufe der bisherigen Berathung eine Reihe von Modifizierungen erfahren hat, beschlossen, Dr. Mühlfeld mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes zu betrauen, welcher die bisher vom Ausschusse gefassten Beschlüsse zur Grundlage zu dienen haben.

— Okt —

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. März.

Das neueste Bulletin über das Befinden Ihrer f. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Gisela vom 21. d. 6 Uhr Abends lautet: Ihre f. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Gisela verbrachten den Tag in heiterer Stimmung. Professor Löschner ist nach Prag zurückgekehrt.

Aus Linz, 21. d., wird gemeldet: Gestern war das Befinden Ihrer f. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Giselle sehr gut, in der abgelaufenen Nacht wurde der Schlaf öfter unterbrochen, das Wochenbett nimmt jedoch einen regelmäßigen Verlauf; das durchlauchtigste Kind gedeiht beim Selbststillen vortrefflich.

Aus Linz wird ferner geschrieben: Am 19. d. um 10 Uhr Vormittags erhielt die neugeborene Prinzessin die heilige Tauft von dem Stadtpräfessor und Domhochstifts Joseph Schropp und die Namen Elisabeth, Clementine, Giselle, Marie, Amalie. Für die Vornahme der feierlichen Ceremonien der heiligen Taufhandlung ist der Tag noch nicht bestimmt. Am 18. d. Abends prahlte aus Anlaß der glücklichen Entbindung der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin das Schicksal von Staaten! Findet sich bei ihrem Ausbruche ein Staat unvorbereitet, so hat er es sich selbst zu zuschreiben, wenn der Lauf der Ereignisse zermalmend über ihn hinweggeht und ihn von der Karte Europa's verschwinden macht. Eine Localisirung des Krieges jedoch (wie anno 1859) dürfte nicht immer gelingen, übrigens dürfen auch tiefeinschneidende politische Fragen, die selbstverständlich viele Interessen zählen, durch solche localisierte Kriege schwerlich eine radicale Lösung erhalten. Solche Fragen werden aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sein!

Machen wir nun eine Rundschau bei den größeren Mächten des Continents, so sehen wir bei:

Rußland eine Kriegsmacht von 822.600 Mann, die speziell für die europäischen Kriegsschauplätze disponibel ist, bestehend aus: Infanterie 568.000 Mann, Cavallerie 43.000\*, Artillerie 90.000 Mann mit 1106 Feldgeschützen, technische Truppen 15.000 Mann, Sanitäts-Truppen 7600 Mann, Train 57.000, in den Depots 42.000 Mann.

Dem Mem. Dipl. zufolge wird der mexicanische Gesandte am Wiener Hofe im Laufe dieser Woche eine Verständigung herbeizuführen. Das Haus nimmt heute das jährliche Steuerbewilligungsrecht in Anspruch, was gegen die Verfassung ist. Das Haus geht jährlich weiter mit seinen Forderungen und erweitert so die Kluft. — Die Generaldiscussion ist begüßlich des Titels: "Kriegsministerium" geschlossen.

Nach einem vom Kölner Fest-Comité für die Feier

der Vereinigung der Rheinländer mit Preußen gefassten

Beschluß wurde eine Deputation, bestehend aus den Herren:

Oberbürgermeister Bachem, Handelskammer-Präsident Michaelis, Bender, Dunfer und Gneist für den Commissionsantrag geflossen, bemerkte der Kriegsminister: die Budgetberichte haben seit 1859 für mich kein überzeugende Kraft; die persönlichen Angriffe auf den Minister sind wirkungslos. Die Überlegenheit in den Waffen gleicht nur in einem gewissen Grade die numerische Überlegenheit aus. Eine gewisse Zahl ist notwendig, um dem Gegner gewachsen zu sein. Die politische Erwägung bezüglich eines westlichen Krieges ist nicht maßgebend und, wie ich glaube, auch nicht weise. Der französische Herrscher kann uns morgen oder übermorgen mit Krieg überziehen. Er wird es jedenfalls thun, wenn es sein Interesse verlangt. Jedes Ding hat seine Zeit; das Landwehrsystem hat sich überlebt. Auch hierin bin ich ein Nachfolger Bonins. Man sagt, es sei die Pflicht der Gegner, eine Verständigung herbeizuführen. Das Haus nimmt heute das jährliche Steuerbewilligungsrecht in Anspruch, was gegen die Verfassung ist. Das Haus geht jährlich weiter mit seinen Forderungen und erweitert so die Kluft. — Die Generaldiscussion ist begüßlich des Titels: "Kriegsministerium" geschlossen.

Nach einem vom Kölner Fest-Comité für die Feier

der Vereinigung der Rheinländer mit Preußen gefassten

Beschluß wurde eine Deputation, bestehend aus den Herren:

Oberbürgermeister Bachem, Handelskammer-Präsident Michaelis, Bender, Dunfer und Gneist für den Commissionsantrag geflossen, bemerkte der Kriegsminister: die Budgetberichte haben seit 1859 für mich kein überzeugende Kraft; die persönlichen Angriffe auf den Minister sind wirkungslos. Die Überlegenheit in den Waffen gleicht nur in einem gewissen Grade die numerische Überlegenheit aus. Eine gewisse Zahl ist notwendig, um dem Gegner gewachsen zu sein. Die politische Erwägung bezüglich eines westlichen Krieges ist nicht maßgebend und, wie ich glaube, auch nicht weise. Der französische Herrscher kann uns morgen oder übermorgen mit Krieg überziehen. Er wird es jedenfalls thun, wenn es sein Interesse verlangt. Jedes Ding hat seine Zeit; das Landwehrsystem hat sich überlebt. Auch hierin bin ich ein Nachfolger Bonins. Man sagt, es sei die Pflicht der Gegner, eine Verständigung herbeizuführen. Das Haus nimmt heute das jährliche Steuerbewilligungsrecht in Anspruch, was gegen die Verfassung ist. Das Haus geht jährlich weiter mit seinen Forderungen und erweitert so die Kluft. — Die Generaldiscussion ist begüßlich des Titels: "Kriegsministerium" geschlossen.

Nach einem vom Kölner Fest-Comité für die Feier

der Vereinigung der Rheinländer mit Preußen gefassten

Beschluß wurde eine Deputation, bestehend aus den Herren:

Oberbürgermeister Bachem, Handelskammer-Präsident Michaelis, Bender, Dunfer und Gneist für den Commissionsantrag geflossen, bemerkte der Kriegsminister: die Budgetberichte haben seit 1859 für mich kein überzeugende Kraft; die persönlichen Angriffe auf den Minister sind wirkungslos. Die Überlegenheit in den Waffen gleicht nur in einem gewissen Grade die numerische Überlegenheit aus. Eine gewisse Zahl ist notwendig, um dem Gegner gewachsen zu sein. Die politische Erwägung bezüglich eines westlichen Krieges ist nicht maßgebend und, wie ich glaube, auch nicht weise. Der französische Herrscher kann uns morgen oder übermorgen mit Krieg überziehen. Er wird es jedenfalls thun, wenn es sein Interesse verlangt. Jedes Ding hat seine Zeit; das Landwehrsystem hat sich überlebt. Auch hierin bin ich ein Nachfolger Bonins. Man sagt, es sei die Pflicht der Gegner, eine Verständigung herbeizuführen. Das Haus nimmt heute das jährliche Steuerbewilligungsrecht in Anspruch, was gegen die Verfassung ist. Das Haus geht jährlich weiter mit seinen Forderungen und erweitert so die Kluft. — Die Generaldiscussion ist begüßlich des Titels: "Kriegsministerium" geschlossen.

Nach einem vom Kölner Fest-Comité für die Feier

der Vereinigung der Rheinländer mit Preußen gefassten



